

Nach der Europawahl: Sechs Thesen zum Umgang mit dem deutschen Rechtsextremismus

Mit diesem Papier wollen wir einen Diskussionsbeitrag leisten zur laufenden Debatte um unsere Rolle als Bündnis 90/Die Grünen nach der Europawahl 2024 und dem Erstarren der extremen Rechten. Wir freuen uns, wenn die von uns formulierten Denkanstöße in die Wahlanalyse einbezogen werden und stehen für einen Austausch dazu immer gerne bereit.

1. Das Wahlergebnis ist keine Überraschung

Die Stimmenzuwächse für die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) sind ein weiterer Beleg für die zunehmende Enttabuisierung und Normalisierung menschenfeindlicher Positionen und ihrer Brandstifter. Neonazis und Faschisten werden ihre Wahlerfolge nutzen, um den autoritären Umbau des Staates und die Abschaffung von Demokratie und Menschenrechten weiter voranzutreiben. Unsere Priorität muss es in dieser Situation sein, die progressiven Kräfte in der Gesellschaft zu schützen und zu stärken. Mit politischen Antworten, die das Leben aller Menschen in diesem Land verbessern und keinem Ausspielen der Schwächsten gegeneinander und Nachgeben gegenüber den Feinden der Demokratie. Wer rechte Narrative bedient, stärkt Rechtsextreme in den Parlamenten.

2. Wir Demokrat*innen tragen Verantwortung für den Rechtsruck

Die Ergebnisse der Europawahl erfordern eine Rückbesinnung auf unsere Rolle als progressive und zukunftsgerichtete Partei. Wenn wir unserem Anspruch als Partei der linken Mitte gerecht werden wollen, müssen wir unsere Antworten auf den nunmehr jahrelangen Rechtsruck selbstkritisch hinterfragen. So ist etwa der strategische Ansatz, Rechtsextreme durch programmatische Zugeständnisse bei vermeintlichen Reizthemen oder durch die Übernahme von rechter Rhetorik zu schwächen, gescheitert. Doch genau dieses Entgegenkommen wird wiederholt auch aus Reihen unserer Partei praktiziert, oftmals wider besseren Fachwissens, wie die Abschiebungen in unsichere Herkunftsländer, die europäische Asylreform oder die Debatte um die Bezahlkarte zeigen. Schon längst haben sich auch in demokratischen Parteien Sündenbock-Erzählungen verfestigt, die keine Lösungen aufzeigen. Damit muss Schluss sein.

3. Unsere Sicht auf Rechtsextremismus schärfen

Eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus braucht eine klare Sprache. Die AfD ist eine gänzlich rechtsextreme und neonazistische Partei. Hinzu kommt, dass die meisten Wähler*innen die Partei wegen - und nicht trotz - ihrer immer radikaleren Positionen wählen. Das Abtun als Protestwähler*innen führt in die Irre. Überzeugte AfD-Wähler*innen kann man nicht zurückgewinnen, wie Studien immer wieder zeigen. Verfassungsfeinde haben keinen Platz im demokratischen Diskurs, das ist die Lehre der nationalsozialistischen Vergangenheit dieses Landes. Das Erstarren der Rechtsextremen ist Ausdruck tief verankerter Einstellungen in der gesamten Gesellschaft, das zeigen seit Jahren Erhebungen wie die Mitte-Studien. Normalisierung rechten Gedankenguts kann darauf nicht die Antwort sein.

4. Themen setzen statt hinterherrennen

Die toxische Dauerfokussierung auf Migration spaltet die Gesellschaft, stärkt die AfD und führt zur Verfestigung eines rassistischen gesellschaftlichen Klimas. Den vielfach suggerierten "Befreiungsschlag" in der Migrationspolitik wird es nicht geben. Die nächste Forderung nach Asylrechtsverschärfungen oder Menschenrechtsabbau wird nicht lange auf sich warten lassen. Das zeigt die beschämende Debatte um das so genannte Ruanda-Modell, welches in einem

erschreckenden Tempo seinen Weg aus rechten Echokammern hinein in die demokratischen Parteien gefunden hat. Rassistisch aufgeladene Migrationsdebatten schaffen ein Zerrbild der Realität, stellen ganze Gesellschaftsgruppen unter Generalverdacht, verhindern Integration und schrecken Einwanderungswillige ab. Eine Versachlichung des Themas Migration beginnt für uns mit menschenrechtsorientierter Politik fern von realitätsleugnender Begrenzungsrhetorik. Migration ist keine Gefahr, sondern ein Gewinn und eine Notwendigkeit für unser Land. Wir müssen zurück zur Themenvielfalt in der öffentlichen Debatte und wieder mehr über Wege aus der Klimakrise, eine gerechte Verkehrspolitik, bezahlbaren Wohnraum und die Beendigung von Armut sprechen.

5. Sozialstaat stärken statt abbauen

Wie erleben gerade, wie auf unanständige Art der Sozialstaat gegen Migration ausgespielt und die Menschenwürde angetastet wird. Geflüchtete werden verantwortlich gemacht für hausgemachte Schieflagen wie mangelnder bezahlbarer Wohnraum, überfüllte Klassen oder fehlende Ärzte. Das ist Gift für die Gesellschaft. Es braucht stattdessen mehr Solidarität mit den Schwächsten und eine soziale Politik, die wirklich für eine Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen sorgt und starke Schultern mehr zur Verantwortung zieht. Während die Reichsten in diesem Land immer schneller reicher werden, wird gleichzeitig - von der Kindergrundsicherung bis zum Klimageld - jede sozialpolitisch überfällige Reform auf Eis gelegt. Und selbst das Beharren auf der Schuldenbremse wird hingenommen, obwohl die damit verbundene Handlungsunfähigkeit des Staates sie zu einer Demokratiebremse macht. Wir müssen die vielfach zitierten "Baustellen der Nation" in Angriff nehmen, um neben der Substanz des Staates auch die Demokratie zu stärken.

6. Die Jugend in den Blick nehmen

Corona, Inflation, Wohnungsnot, marode Schulen und unsichere Zukunftsperspektiven - die Politik hat keine passenden Antworten für die Sorgen der jungen Generation. Einer Generation, der in den letzten Jahren viel zugemutet wurde und die, aufgrund mangelnder Antworten auf ihre Probleme und Ängste, Frust und Politikverdrossenheit entwickelt. Der Rechtsruck macht keinen Halt vor einzelnen Generationen. Für heutige Jugendliche ist die Anwesenheit der AfD in den Parlamenten bereits das neue "normal". Wir brauchen wieder positive Zukunftsvisionen: ohne die Klimakrise, in einer offenen und diskriminierungsfreien Gesellschaft und in sozialer Sicherheit leben können. Diese Vision muss junge Menschen durch uns als Partei erreichen. Gerade sie wollen sehen, dass Politiker*innen zu ihrem Wort stehen und für ihre Zukunft kämpfen. Es reicht dabei aber nicht aus, lediglich mehr auf TikTok unterwegs zu sein. Wir müssen junge Menschen mehr in politische Entscheidungen einbeziehen und ernst nehmen. Lasst uns als Partei für progressive und zukunftsgerichtete Mehrheiten in der Gesellschaft streiten. Politik ist zu oft getrieben von Umfragen und Stimmungen, umso wichtiger ist es, in Zeiten von Verunsicherung und Veränderungsangst, Haltung zu beweisen, klar Position zu beziehen und für ein besseres Morgen zu kämpfen! Das ist unser Auftrag, nehmen wir ihn an.

Ario Mirzaie, MdA, KV Berlin-Mitte
Klara Schedlich, MdA, KV Berlin-Reinickendorf
Vasili Franco, MdA, KV Friedrichshain-Kreuzberg
Bahar Haghanipour, MdA, KV Berlin-Neukölln
Louis Krüger, MdA, KV Berlin-Pankow
June Tomiak, MdA, KV Charlottenburg-Wilmersdorf